

Gesetzentwurf

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Gesetz zur Durchführung von Musterverfahren im Bereich der Kommunalabgaben

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 **Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg**

Im Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg vom 31. März 2004 (GVBl.I/04, [Nr. 08], S.174), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl.I/14, [Nr. 32]) geändert worden ist, wird in § 12 Absatz 1 eine neue Ziffer 7 eingefügt mit dem Wortlaut:

„7. aus dem Siebten Teil – Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren – über die Verfahrensvorschriften § 363 Abs. 2 mit folgenden zusätzlichen Maßgaben:

a) Ist wegen der Gültigkeit einer Abgabensatzung ein Verfahren bei dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, einem obersten Bundesgericht oder beim Europäischen Gerichtshof anhängig und wird der Widerspruch hierauf gestützt, ruht das Widerspruchsverfahren insoweit bis zu dessen rechtskräftigem Abschluss.

b) Gleiches gilt, wenn bei den genannten Gerichten, den Verwaltungsgerichten des Landes, dem Verfassungsgericht des Landes Brandenburg oder dem Bundesverfassungsgericht ein Verfahren wegen einer Rechtsfrage anhängig ist, die in einem Widerspruchsverfahren entscheidungserheblich ist.

c) Bei Widersprüchen in gleich gelagerten Fällen soll die Widerspruchsbehörde geeignete Verfahren als Musterverfahren auswählen und vorrangig entscheiden. Die Widerspruchsbehörde bestimmt unter Berücksichtigung der Interessen der Beteiligten, insbesondere auch eines Vorschlags der Widerspruchsführer, die sich zu einer Prozessgemeinschaft zusammengeschlossen haben, den oder die Widerspruchsführer.

d) *Die verbleibenden Widerspruchsverfahren ruhen bis zur Rechtskraft der Entscheidungen in den Musterverfahren. Dies gilt entsprechend, sofern Widersprüche gegen später erlassene Bescheide die Rechtsfragen betreffen, die im Musterverfahren geklärt werden sollen. Das Ruhen ist den Widerspruchsführern mitzuteilen. Das Widerspruchsverfahren ist fortzusetzen, wenn der Widerspruchsführer dies beantragt.*

e) *Die Widerspruchsbehörde und die in einer Prozessgemeinschaft zusammengeschlossenen Widerspruchsführer sollen die Durchführung des Musterverfahrens und die sich für alle Beteiligten daraus ergebenden Rechte und Pflichten schriftlich vereinbaren.“*

Artikel 2 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:

Dieser Gesetzesvorschlag versteht sich als Ergänzung zu den Gesetzesvorschlägen „Gesetz zur Abschaffung von Altanschließerbeiträgen“, „Gesetz zur Mitbestimmung beim Anliegerstraßenbau“, „Gesetz zur Verkürzung der Verjährung im Bereich der Kommunalabgaben“ sowie dem „Gesetz zur fairen Anrechnung von Zuschüssen bei kommunalen Beiträgen“ und gibt den Vorschlag der CDU-Fraktion aus der 5. Wahlperiode wieder (Drucksache 5/7128).

Diese Erweiterung des Kommunalabgabengesetzes ist erforderlich, um auf die gerade in den vergangenen 2 Jahren gestiegenen Zahlen an Widersprüchen und Klagen, insbesondere gegen die Erhebung so genannter Altanschließerbeiträge, zu reagieren. Trotz der erheblichen Zahl an Bescheiden und Widersprüchen sind nur wenige Zweckverbände bereit, der Durchführung von Musterverfahren zuzustimmen. Die seinerzeit von der einreichenden Fraktion vorgetragenen Probleme haben sich weiter verschärft.

Um den beitragsbelasteten Bürgern die Sorge vor einer kostenintensiven Ausschöpfung der Rechtsmittel zu nehmen, eine Strukturierung zahlreicher gleich gelagerter Fälle zu erreichen, die Verwaltungsgerichte zu entlasten und relativ schnell Rechtssicherheit für den Satzungsgeber zu schaffen, ist die generelle Ermöglichung zur Durchführung von Musterverfahren geboten.

Iris Schülzke
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe